

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. Inlerate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Weichselstr. 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von
Dr. Max Hirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsdirektor Rudolf Klein, N.O., Weichselstr. 22/23, einzulenden sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 20.

Berlin, 19. Mai 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Wo sind die Verräter? — Die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie und deren Arbeiter in Bayern. — Fünfter ordentlicher Delegiertenkongress des Rh.-Westf. Ausbreitungsverbandes. — Wochenschau. — Gewerksvereins-Tyell. — Verbands-Tyell. — Anzeigen-Tyell.

Wo sind die Verräter?

Es gab eine Zeit, wo manche Gewerksvereiner hofften, die Gewerkschaften würden im Interesse der Arbeitersache ein friedliches Nebeneinanderarbeiten mit den Berufsvereinen der Arbeiter anderer Richtungen herbeiführen helfen. Die Gewerksvereine hatten dazu die Hand geboten. Der letzte Rest dieses Glaubens ist aber zerstört worden durch die über die Wägen häßliche Kampfesart, die gegenwärtig gegen die Gewerksvereine verübt wird aus Anlaß des Streiks der Schuhmacher in Weiskensfeld. Und da Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins sind, so gehen die widerlichen Angriffe auf die Gewerksvereine, meist buchstabengetreu übernommen, durch die ganze sozialdemokratische Presse. Und wer da weiß, wie gedankenlos die meisten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsagitatoren alles für wahr halten und gleich mit dem Brustton der Ueberzeugung vertreten, was sie in der sozialdemokratischen Presse gelesen haben, der wundert sich nicht darüber, wenn nun in jeder Versammlung der Weiskensfelder Streik zum Gegenstand des Angriffes auf die Gewerksvereine gemacht wird. So unbegründet dieser Angriff auch ist, die genannte Art von Agitatoren lebt Monate und Jahre lang von diesem dürftigen Stoff im Kampfe wider die Gewerksvereine. Muß doch selbst der nun schon 37 Jahre hinter uns liegende Baldenburger Streik noch oft zu Angriffen auf die Gewerksvereine herhalten. Das Verhalten der Gewerksvereiner war auch in jenem Streik durchaus korrekt. Das kümmert aber die Agitatoren nicht, obgleich die meisten von ihnen noch im Schooße Abrahams saßen, als jener Kampf der Gewerksvereiner gegen die Willkürherrschaft der schließlichen Grubenbarone tobte.

Wir haben uns wiederholt ein Vergnügen daraus gemacht, diese Helden zu stellen, indem wir sie vor der Versammlung einfach fragten, was sie nun wirklich Sachliches von den Geschichten wußten, über die sie gegen die Gewerksvereine redeten? Und dann kam das krausste Zeug zum Vorschein. Oft haben die Leute von den Dingen nur durch Hörensagen etwas erfahren, aber das macht weiter nichts, die Hörer, so denken sie, wissen ja zum guten Theil auch nicht mehr von der Sache und da kann es auf eine Handvoll mehr oder weniger gar nicht ankommen. Pacht man sie dann mit fester Hand beim Schopfe, dann suchen sie oft genug durch Redensarten, die den intelligenten Theil der Zuhörer zum Lachen reizen, den Kopf wieder aus der Schlinge zu ziehen.

So kräftig wie die sozialdemokratische Presse über den Schuhmacherstreik zur Aufreizung der Arbeiter gegen die Gewerksvereine gelogen hat, mögen es selbst solche „Zielbewußte“ nicht erwarten haben, denen es auf etwas mehr oder weniger Ehrlichkeit nicht ankommt, wenn es sich nur gegen die Gewerksvereine richtet. Namentlich mancher zielbewußte Schuhmacher, der die Vorgänge in Tuttlingen kennt, wird sich wundern über die verlogene Art, mit der die Führer des Centralverbandes gegen die Gewerksvereine operieren. Wir bitten unsere Leser, hierüber den in dieser Woche erscheinenden „Lebendarbeiter“ einzusehen, der in dem Artikel: „Es ist kein Geld da!“ aus dem amtlichen Protokoll die Reden der zielbewußten „Verräter im Tuttlinger Streik“ abdruckt.

Aber schon ist eine neue Lüge ausgeheckt worden, der wir wieder in allen sozialdemokratischen Zeitungen begegnet sind, die uns nur zu Gesicht kamen. Hier ist das Produkt blühender sozialdemokratischer Phantasie:

Böse Folgen ihrer Verrätherei beim Weiskensfelder Kampf in der Schuhindustrie haben die Hirsch-Dunder'schen zu verzeichnen. Von ihren 500 Mitgliedern, die sie vor dem Streik hatten, sind rund 300 aus Empörung über das Verhalten ihrer Zeitung ausgetreten. Von ihnen haben sich 200 dem Centralverband der Schuhmacher angeschlossen.

Kein Wort ist davon wahr! Die Gewerksvereiner halten treu zu ihrer Organisation. Ueberläufer giebt es natürlich bei jedem Streik von hüten nach drüben und von drüben nach hüten. Und jeder verlorene Streik vermindert die Zahl der in den Kampf eingetretenen organisierten Arbeiter, weil in der Regel diejenigen wieder abpringen, die nur aus der ehrlosen Absicht, während des Kampfes die Unterstützung in Anspruch zu nehmen, in die Organisation eintraten. Von dieser Sorte haben die Gewerksvereiner allerdings eingebüßt, um die es ihnen nicht leid zu thun braucht. Verluste dieser Art hat auch der Centralverband der Schuhmacher. In Tuttlingen, wo die Gewerksvereine nicht vertreten sind, diesen also auch die Schuld für den verlorenen Schuhmacherstreik nicht aufgeschult werden konnte, verlor der Centralverband auf einen Schlag 1000 Mitglieder, denn seine Zahl ging von 1600 auf 600 zurück. Das waren die „bösen Folgen“ seiner gewerkschaftlichen Verrätherei.

Warum drucken die sozialdemokratischen Blätter zum Beispiel nicht die folgende Stelle aus dem Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats für die Kreise Altona-Fischerlohn ab:

„Das Bild über die gewerkschaftliche Bewegung ist leider wenig erfreulich, denn die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist im Jahre 1904 von 2904 auf 1438 zurückgegangen. In Fischerlohn ist die Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes von 1863 auf 548 und in Lüdenscheid von 622 auf 278 gesunken.“

Nabezu Zweidrittel der Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sind also in Folge des verunglückten Fischerlohn Streiks wieder verloren gegangen. Warum schweigen die sozialdemokratischen Blätter über diese bösen Folgen gewerkschaftlicher Verrätherei? Wie kann man die Heuchelei nur so weit treiben, den Balken im Auge der Gewerkschaften für kleiner zu halten, als den Splitter im Auge der Gewerksvereine?

Wie steht es, so fragen wir weiter, mit der Gefinnungstüchtigkeit vieler gleichzeitig in den Gewerkschaften und Konsumvereinen organisierten Zielbewußten? Wie denken die gewerkschaftlichen „Balkenträger“ über die Klagen, die ein Zielbewußter mit Namen Josef Fliegner in Leipzig in der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht? Diese Sache muß ihnen wieder recht un bequem sein, denn wir haben vergeblich danach in anderen sozialdemokratischen Blättern gesucht. Damit die That sache nun doch weiter bekannt wird, sehen wir uns genöthigt, sie nach dem Original der „Leipziger Volkszeitung“ zum Abdruck zu bringen:

Zur Bausperre am Konsumverein zu L.-Wagwitz. Eigenthümlich muß es jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Mitglied eines unserer Konsumvereine berühren, wenn bei jedem Bau, den der Wagwitzer Konsumverein ausführen läßt, die von den organisierten Arbeitern geforderten Löhne erst immer noch erkämpft werden müssen. Man sollte doch meinen, daß die Verwaltung eines Konsumvereins für Arbeiter mindestens auf dem

Leistung über eingekaufte Beträge für die Verbands- und Organkasse pro Mai 1905.

Bergarbeiter: Generalrath Nr. 144,16. **Bildhauer:** Generalrath 107,82. **Fabrik- und Handarbeiter:** Brandenburg 4,20. **Graph.** Verufe: Generalrath 160,80. **Kaufleute:** Generalrath 1221,26. **Berlin III** 4,20. **Klempner und Metallarbeiter:** Generalrath 483,46. **Berlin V** 4,20. **Kontoren:** Generalrath 80,26. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Berlin II 7,35. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Generalrath 741,32. **Tischler:** Generalrath 1088,96. **Deutsche Frauen:** Generalrath 283,10. **D. V. der Brauer Hamburg** 38,80. **D. V. der Köhler „Alt-Kölln“** 21,40. **Privat:** „Glückauf“ 3,55. **Summa Nr. 4344,84.** **Druckfachen:** Nr. 26,80. **Berlin, 8. Mai 1905.**

R. Klein, Verbandskassier.

*** Norddeutscher Ausbreitungsverband.**

Vorstandsitzung vom 28. April, im Lokale Engelle-Stettin, Schifferstraße 9a. Anwesend sind die Kollegen Ruff, Böttner, Frau Ruhlenkamp, Kollege Kohlenkamp und Piezler, entschuldigend fehlen die Kollegen Galles und Bleiweiss. Kollege Haak nimmt als Gast an der Sitzung teil. Schreiben von den Ortsvereinen der Maschinenbauer, Töpfer und Ziegler-Grauben werden zur Kenntnis genommen. Der Schriftführer er bietet sich bei seiner Privatreise nach dort, diese Ortsvereine zu besuchen. Bezüglich Protokoll vom Delegiertentag und Tätigkeitsbericht wird beschlossen, das Protokoll nur im Gewerksverein zu veröffentlichen. Die Statutenausarbeitung wird dem Schriftführer übertragen; wegen Druck derselben sollen erst Offerten eingeholt werden. Bezüglich Versammlungsbesuch wird Kollege Ruff beauftragt, den D. V. der Schnelver Pödejud in der am 7. Mai stattfindenden Versammlung zu besuchen. Vom Schriftführer wird angeregt: I. Um die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Ortsvereinen zu beobachten, soll dauernd eine Mitgliederstatistik aufgenommen werden. II. Wahl eines Obmannes der auswärtigen Ausschussmitglieder. III. Regelmäßige Berichte der Vertrauensmänner und auswärtigen Ausschussmitglieder. IV. Antrag an den Generalrath des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter um Zufassung von Flugblättern, Statuten etc. Sämtliche Anregungen wurden angenommen. Bezüglich der dem Vorstand überwiesenen Anträge zur Agitation wird dem Schriftführer aufgegeben, die nötigen Vorarbeiten zu machen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Sachen folgte Schluß der Sitzung um 12 Uhr. Die nächste Sitzung findet am 19. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr bei Engelle statt.

R. Piezler, Schriftführer.

*** Gewerksverein der Deutschen Zuhlarbeiter (Textilarbeiter) und verwandten Berufsgeossen.**

Den Vorständen der Ortsvereine im Königreich Sachsen zur Nachricht, daß am 21. Mai cr., Nachmittags 3 Uhr, in Neukirch, Uhlig's Restaurant (neben der Kirche), eine Bezirkskonferenz stattfindet. T. D.: 1. Bericht von der 12. ordentlichen Generalversammlung. 2. Wie muß die Agitation betrieben werden, um sie erfolgreich zu gestalten? 3. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz. Alle Ortsvereine sind dringend ersucht, Vertreter zu senden. **Chemnitz, im Mai 1905.**

Wolff Reef, Agitationsleiter.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandshause der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.)** Jeden Donnerstag, Ab. 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshause der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Freitag, 12. Mai. Mädchen und Frauen I.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Revl, Blücherstr. 42. — **Sonntag, 13. Mai. Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr im Verbandshaus. T. D.: Vortrag. Abgeben der Bibliothekbücher. — **Fabrik- und Handarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Tempelherrenstr. 20a. T. D.: Zeitungsfrage. Heimarbeitersfrage. Beschiedener. — **Klempner und Metallarbeiter V.** Ab. 9 Uhr, Einienstraße 72 bei Hedwig. — **Sonntag, 14. Mai. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Vorm. 9 1/2 Uhr bei Gohlke, Fenselstr. 22. Beschlusfassung üd. Herrenpartie. — **Montag, 15. Mai. Frauen u. Mädchen IV.** Bei Böbling, Söminnenberstr. 86. T. D. das. — **Donnerstag, 18. Mai. Brauerer-Hilfsarbeiter VII.** Ab. 8 Uhr, Großbeerenstr. 63 b. Birgen. T. D.: Protokolle. Vortrag des Kollegen Wrede. Zeitungsfrage. Beschiedener. — **Charlottenburg. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** **Sonntag, 20. Mai.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Schweizer, Berlinerstr. 121. T. D. das. Wahl eines Schriftführers. — **Halle a. S. Graphische Verufe u. Maler.** **Sonntag, 20. Mai.** Ab. 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung.

Orts- und Bezirksverbände.

M. Gladbach-Rheydt. (10. Bezirk.) **Sonntag, 14. Mai, Nachm.** 4 Uhr im Restaurant Bits, Rheydt, Hauptstr. Ref. Meuthen über Berggegnenden. — **Lauban (Ortsverband).** **Sonntag, 20. Mai, Monatsversammlung.** — **Hannover und Umgegend (Ortsverband).** **Sonntag, 21. Mai, Nachm.** 4 Uhr, Monatsversammlung im Arbeiterverein Hannover, Zimmer Nr. 1 u. 2. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Dr. Sumbert über: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Ortsverbandsausschuss. — **Schwelm (Ortsverband).** **Sonntag, 21. Mai, Nachm.** 3 Uhr Bes. in Göhny's Restaurant z. Adler. T. D.: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag.

Kendungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. **Berlin.** (Bauhändler.) August Stieglitz, Schriftführer, Berlin N. 24, Elffasserstr. 90, Hof III.

Sterbetafel.

Berlin I. (Fabr. u. Handarbeiter.) **Max Lorenz,** geb. 19. I. 1868, gest. 28. 5. 1905 an Gehirnschlag. Mitglied seit 1897, war frank 8 Tage. **Förderklub.** (Fabr. u. Handarbeiter.) **Friedrich Köhlig,** geb. 18. 3. 1867, gest. 4. 5. 1905 an Unfallverletzung.

Briefkasten.

Ed. St. in Plauen. Thermometer werden hergestellt und sind zu billigen Preisen zu beziehen von Emil Hempel, Berlin SO., Mariannenplatz 25.

Anzeigen=Zheil.

☛ Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ☛

Kassen-Abichluß der Frauen-Begräbniskasse des Verbandes pro I. Quartal 1905.

Einnahme	K		Ausgabe	K	
	1	2		1	2
An Vortrag	323	96	Per Begräbnisgeld	800	—
• Beiträgen	1565	03	• Entschädigungen:		
• Eintrittsgeld	2	—	• Vertrauensmänner	40	78
• Kaution	1	27	• Vorstandssitzungen	14	50
• Zinsen	740	95	• Hauptrevisoren	10	60
			• Hauptkassier	75	—
			• Hauptkontrolleur	60	—
			• Protokoll der Generalversammlung	15	—
			• Gekaufte 1000 Mk. 3% Deutsche Reichsanleihe	914	—
			• Zinsentschädigung	4	—
			• Courtage u. Stempel	2	05
			• Porto und Abtrag	49	39
			• Umzugskosten	11	—
			• Kassenbestand	686	89
	2633	21		2633	21

Gesamtvermögen*)	Reinwerth		Geldwerth		Mitgliederzahl: 1600.
	K	1	K	1	
3 1/2% Berliner Stadt-Anleihe	22900	—	22854	20	Berlin, den 1. April 1905. R. Klein, Hauptkassier.
3% Deutsche Reichs-Anleihe	52500	—	47212	50	
Kassenbestand	636	89	686	89	
	76036	89	70703	59	

*) Einschließlich der seitens des Hauptkassiers und der Vertrauensmänner gehaltenen Kaution in Höhe von 351,87 Mk.

Die Hauptrevisoren: **Paul Hentel.** **H. Scharrf.**

Sieben ist erschienen: Kraftprobe im Ruhrgebiet.

Von **Anton Erkelenz,** Arbeitersekretär. Mit einem Titelbild von **Thomas Theob. Reine.** Der Verfasser bespricht den Streik im Ruhrgebiet und untersucht seine hauptsächlichsten Ursachen, skizziert den Verlauf desselben und gibt darnach scharfe Kritik an dem Verhalten der politischen Presse im Streikrevier. Das Buch plädiert eingehend für eine religiös- und parteipolitisch neutrale Arbeiterbewegung, die allein eine Einigung der verschiedenen Gruppen ermöglicht. Im letzten Theile spricht sich der Verfasser dann für eine Verstaatlichung des Bergbaues aus. **Preis 80 Pf.** Zu haben in allen Buchhandlungen oder vom Verlag: **W. Westf. Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerksvereine Düsseldorf, Zimmermannstraße 38 a.**

Der Gewerksverein
Jahrgang 1904
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgeossen und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mk.
NB Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin NO., Greifswalderstr. 121/23.
Einsendungen nur an Verbandskassier **R. Klein**
Berlin NO., Greifswalderstr. 221/23.

Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin VIII.
Sonntag, den 13. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/23,
ein Vortrag mit beweglichen Lichtbildern
statt. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, da der Ausschuss sich bemüht hat, etwas Interessantes vorzutragen. Im Anschluß: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt frei! **Damen und Gäste willkommen!**
Der Ausschuss.
J. A. B. Hillegrabe.

Für 2 Webstühle auf 10 Arbeitstage.									
Von einem Verdienst von	Mk. 8,00	9,00	10,00	11,00	12,00	13,00			
beträgt die Prämie	Mk. 1,00	1,70	2,50	3,20	3,70	4,25			
Von einem Verdienst von	Mk. 14,00	15,00	16,00	17,00	18,00	19,00			
beträgt die Prämie	Mk. 4,50	5,50	6,20	6,50	7,80	8,20			

In einem Theil der Spinnereien giebt es neben den Quantitätsprämien auch noch die sogenannten Ueber- oder Superprämien, auch Jahresprämien oder Extrapremien genannt, für diejenigen Spinner, welche das ganze Jahr über Prämie ohne Anstände gesponnen haben. Die Superprämie wird dreimal im Jahre im Betrage von je 10 Mk. ausbezahlt.

Da das Prämiensystem außerordentlich den fleißigen und leistungsfähigen Arbeiter auf Kosten der minder leistungsfähigen bevorzugt und ohne Härten für den Arbeiter, wie oben dargelegt, nicht durchführbar ist, so wäre im Interesse des sozialen Friedens die Aufhebung des Prämiensystems dringend zu wünschen. (Oberfranken S. 89/91.)

Was die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter betrifft, so äußern sich die verschiedenen Berichterstatter darüber ziemlich unglücklich. In vielen Fällen, in denen zahlreiche Kinder zu erzähren sind, kommt Fleisch selten auf den Tisch. In einer Familie mit 9 Köpfen, in der der Vater und das älteste Kind nur verdienen, wird Fleisch nur am Sonntag gegessen. In der Woche wird aus „Knochen Suppe gekocht“ (Walg S. 51.) Aus Oberfranken wird berichtet: Die Lebensweise der Textilarbeiter ist meist eine einfache, vielfach kärgliche. Die Hauptnahrung bilden Roggen und Brod, Kartoffeln und Heringe. Fleisch kommt selten auf den Tisch. (S. 91.) Endlich heißt es aus Schwaben: Die Ernährungsverhältnisse scheinen für einen großen, besonders den mit Kindern reich gesegneten Theil der Arbeiter recht ungünstig zu sein. Ein Blick in die Haushaltungsbudgets läßt erkennen, wie schwierig es für die Arbeiterkaste ist, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, besonders dann, wenn — wie es nicht selten vorkommt — die Miete für eine, manchmal der Gesundheit unzutragliche Wohnung einen großen Theil des Verdienstes wegnimmt. (S. 147.)

Noch schlimmer sieht es aber in dieser Beziehung in der Hausweberei, die z. B. in Oberfranken — bei einer regelmäßigen Arbeitszeit von 13 bis 16 Stunden — 12 000 Personen ihr — allerdings kärgliches Brod nicht, aus. Schon vom 5. und 6. Lebensjahre an müssen die Kinder vielfach in anstrengendster Weise im Verufe mithelfen, sonst wäre der Nahrungsstand in sehr vielen Familien noch weiter gefährdet. Bezeichnend sei es, daß in manchen Orten der Lehrer mitunter um Befreiung der Kinder vom Schulunterricht gebeten werde, da kein Brod im Hause sei und die Kinder verdienen helfen müßten. Geringe Verdienste und damit dürftige Ernährung, überlange Arbeitszeiten, unzulängliche Wohnungen und starke Juananspruchnahme der Kinderarbeit im Verufe seien auch jetzt Hauptmerkmale der Hausweberei sowohl wie der übrigen Zweige der Hausindustrie. (S. 80/81.)

So dankenswerth die Untersuchung an sich ist, so bleibt es doch zu bemängeln, daß der zusammenfassende Bericht des Centralinspektors Dyl wieder — er enthält, ohne die Statistik, kaum 4 Druckseiten — zu kurz ausgefallen ist. Deshalb waren wir wiederholt gezwungen, wollten wir ein einigermaßen treffendes Bild der Verhältnisse der Arbeiter im Textilgewerbe Bayerns entwerfen, auf die Einzelberichte zurückzugreifen.

Sollte uns dies gelungen sein, so wäre dies uns der schönste Lohn für unsere kleine mühevollen Arbeit!

Fünfter ordentlicher Delegirtenstag des A. B. F. Ausbreitungsverbandes.

Abgehalten zu M. Gladbach, 23. u. 24. April.

Der Vorsitzende des Ausbreitungsverbandes, Kollege Ziegler, eröffnete dieselbe am 23. April, Nachmittags 7³⁰ Uhr. Als Vertreter des Centralraths waren die Kollegen Klavon und Jordan anwesend. Als sonstige Vertreter waren erschienen von den Fabrik- und Handarbeitern die Kollegen Hahn und Hübner-Burg, von den Bergarbeitern Kollege Schmidt, von den Bauhandwerkern Kollege Steiff, von den Federarbeitern Kollege Wisner und von den Tischlern Kollege Broiker. Kollege Klavon überbrachte die Grüße des Centralraths und hoffte, daß durch die Verhandlungen eine bessere Verständigung herbeigeführt werde. Es waren insgesammt 76 Ortsvereine mit 79 Delegirte vertreten. Der Arbeitersekretär berichtet über die Thätigkeit des Ausbreitungsverbandes. Er verweist auf die verschiedenen Kämpfe, die die Gewerkschaften mit den anderen Organisationen zu führen hatten und daß dieselben uns gerade nicht von Nachtheil waren. Im Weiteren glaubt er, daß wir noch sehr viel arbeiten müßten, um den anderen Organisationen an Größe gleich zu kommen, dies sei auch möglich, da ein sehr großer Theil der Arbeiter noch nicht organisiert sei. Er weist dabei auf den Mangel einer Tageszeitung hin und erläutert näher das Projekt des Ausbreitungsverbandes. Mit der Aufforderung, daß alle Ortsvereine über die Tageszeitung Vorträge halten lassen sollten, schloß Redner seinen ausführlichen Bericht. Die darauf folgende Diskussion war sehr lebhaft, alle Redner waren der Ansicht, daß durch den Ausbreitungsverband sehr viel geleistet wurde, daß wir aber nicht stehen bleiben dürfen, sondern immer weiter arbeiten müssen. Kollege Halstenberg erstattete den Kassensbericht. Die gesammte Ein- und

Ausgabe aller Kassen betrug unter Anrechnung eines Kassensandes am 1. Januar 1904 mit 160,91 Mk. und am 31. Dezember 1904 mit 147,13 Mk. = 12 047,47 Mk. Daran waren betheiligte die Ausbreitungsverbandskasse mit 5395,54 Mk., die Streckfondskasse mit 2152,58 Mk., die Kasse der sozialen Kommission mit 3651,84 Mk. und die Bäckerkasse mit 887,81 Mk. Nachdem noch die Kassenverhältnisse eingehend besprochen worden, wurde eine geschlossene Abend Sitzung anberaumt, um innere Angelegenheiten zu besprechen. Am 2. Tage wurde die Sitzung um 8¹⁵ Uhr Vormittags eröffnet. Der Arbeitersekretär sprach über: Die Gewerkschaften und die Politik, und gab hierbei der Meinung Ausdruck, daß heute nur noch Interessenpolitik getrieben würde. Er wies dies speziell an der Handelspolitik nach. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführung ist er der Meinung, daß wir unsere Mitglieder mehr auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete schulen müßten. Er fordert dazu auf, daß wir uns an den Wahlen, besonders an den kommunalen Wahlen, betheiligen müßten. In der sehr eingehenden Diskussion ist Generalratsvertreter Kollege Hahn im Allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Centralratsvertreter Kollege Klavon hält dieses Thema für sehr bedeutungsvoll, glaubt aber, daß wir noch zu schwach seien, um aus eigener Kraft Vertreter ins Parlament zu senden, wir müssen deshalb diejenigen unterstützen, welche uns am nächsten ständen. Im Allgemeinen müsse es im freien Ermessen des Arbeiters liegen, welcher Partei er sich anschließen wolle. Zu diesem Thema wurde folgende Resolution des Referenten angenommen:

Die stetige Vergrößerung der Mitgliederzahlen der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung, wie auch die Entwicklung unserer gesammten wirtschaftspolitischen Verhältnisse, die Schutzpolitik, die Zusammenhaltung der Kapitalien in wenigen Händen u. s. w. erfordern gebieterisch eine Emporbildung der Arbeiterbewegung über den engen Rahmen der Berufsinteressen, auf weite, allgemeine Ziele, im Sinne einer toleranten, sozialen, fortschrittlichen Demokratie. Eine kaum zehnjährige weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung wird genügen, um allgemein erkennen zu lassen, daß nur wenige Gebiete staatlicher Politik vorhanden sind, an deren Förderung wir nicht als Arbeiter ein weitgehendes Interesse haben. Das erfordert, wie uns noch bis in die jüngsten Tage hinein die Behandlung der Bergarbeiter-schutzfrage im preussischen Landtage lehrt, die Gewinnung politischer Macht neben und als Ergänzung der wirtschaftlichen Machtentfaltung.

Kraftproben und Nachhunger der Unternehmer werden in abschbarer Zeit eine organische Verbindung der einzelnen Organisationsrichtungen herbeiführen. Die so geeinte Arbeiterschaft wird dann auf politischem Gebiet genau so parallel laufende Interessen ausfechten, wie schon heute auf wirtschaftlichem Gebiet, und auch hier wird Druck und Widerstand des Unternehmertums unter Führung der Rohstoffe- und Halbfabrikate-Unternehmer sich geltend machen, umso mehr, da dieselben nach dem Interimismus in wirtschaftlichen Kampf als ultima ratio (letzte Mittel) ihre politische Macht zur Anhebung der Arbeitermassen benutzen werden. Das wird auch eine Verständigung auf politischem Gebiete bei uns bedingen.

Diese wird kaum auf dem Boden einer der jetzt bestehenden großen politischen Parteien liegen, da diese Weltanschauungskämpfe in die Arbeiterbewegung tragen, die auszuschalten Vorbedingung jeder Einigung in der deutschen Arbeiterbewegung ist. Es wäre müßig, heute Betrachtungen darüber anzustellen, wie die Einigung auf politischem Gebiet vor sich geht; in der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung muß die Theorie stets Folge der Praxis sein, nicht umgekehrt. Nur so ist die Entstehung hindernder Dogmen unmöglich. In diesem Sinne ist die Arbeiterbewegung eine reine volkswirtschaftlich-wissenschaftliche.

Wir erkennen die Aufgabe der Deutschen Gewerkschaften innerhalb der heutigen Arbeiterbewegung in der Ebenung des Weges zu dem vorstehend angezeigten Ziele. Durch Klärung der Anschauungen über volkswirtschaftlich gerechtfertigte Forderungen der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung an die Gesetzgebung, durch energische Aufrechterhaltung der noch den Organisationen fernstehenden Massen, durch Anstrengung einer engeren Verbindung von Wissenschaft und Arbeiterbewegung, hoffen wir unsere Aufgabe zu erfüllen und erfolgreich auf alle Organisationseinrichtungen zu wirken.

Das Alles aber erfordert Bethätigung in der politischen Praxis. Inwieweit Mitglieder dies auf dem Gebiete der Reichs- und Landespolitik thun wollen, muß zunächst ihrem freien Ermessen anheim gestellt werden. Die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen aber müssen heute schon als reich genug bezeichnet werden, auf kommunalem Gebiete eine einheitliche, selbstständige Arbeiterpolitik im weitesten Sinne zu betreiben. Deshalb erludt der Delegirtenstag alle Ortsvereine und Ortsverbände des Verbandsbezirks, sich eifrig an den kommunalen Wahlen durch Aufstellung eigener Kandidaten zu betheiligen. Um dieses Vorgehen zu fördern, wird der Vorstand beauftragt, ein Kommunalprogramm auszuarbeiten und dem nächsten Delegirtenstag vorzulegen.

Außerdem fand noch folgende Zusatzresolution der Kollegen Klavon, Hübner und Hahn Annahme:

Innerhalb der Gewerkschaften für eine der gegenwärtig bestehenden politischen Parteien Propaganda zu machen, wäre ein Fehler; die Gewerkschaftsmitglieder haben aber im Interesse ihrer Bestrebungen als Staatsbürger die Pflicht, denjenigen politischen Parteien vorläufig ihre Unterstützung zuzuwenden, welche diesen ihren Bestrebungen und Interessen am besten dienen.

Ein Antrag, das Referat über Gewerkschaften und Politik in Druckschrift herauszugeben, wurde einstimmig angenommen.

Kollege Gieseler, Duisburg referirte über „Die Gewerkschaften und die wirtschaftlichen Wahlen“. Redner ist für unbedingte Bethätigung der Gewerkschaften an den Stadtverordneten- und Gewerbebürgerwahlen. Wenn wir auch nicht überall Mandate erringen könnten, so wäre doch der Vortheil, daß unsere Mitglieder sich hierin betheiligen würden. Im Allgemeinen ist er gegen Kompromisse, da hierdurch viel Zweideutigkeiten entstünden. Besonders muß die Gewerkschaften den Krankenkassenwahlen mehr Bedeutung beilegen

Standpunkt steht, daß die Löhne, die von den Gewerkschaften als maßgebend betrachtet werden, in die Bedingungen eines Anschlags aufgenommen werden.

Nicht jede Gewerkschaft hat Tarifverträge mit den Unternehmern; deshalb wäre es Pflicht von den Leitern dieser Institute, zumal, wenn sie selbst Gewerkschaftler sind, diese Gewerkschaften nicht auszuscheiden, sondern sich nach dem jeweiligen Stand ihrer Löhne zu erkundigen. Im Konsumverein L. Plagwitz nimmt der Geschäftsführer, Herr Johannes, diesen Standpunkt nicht nur nicht ein, sondern stellt sich direkt, anstatt neutral zu bleiben, auf den Standpunkt der Unternehmer, erwährt diesen die Kritik, den Kampf mit den Arbeitern durchzuführen zu können, indem er sagt: Unre Arbeit hat Zeit! (Streitklausel.) Ferner sagte er in Gegenwart des Unternehmers und der Arbeiter: Diefelben Arbeiten würden anderweitig für 38 Pfg. gemacht, und die Arbeiter müßten ebensoviele leisten. Soviel er wisse, seien 45 Pfg. Stundenlohn das Höchste, was in Leipzig gezahlt würde. Wenn es nach ihm ginge, bekäme keiner einen Pfennig mehr. Man schein es lediglich auf den Konsumverein abgesehen zu haben! — Bemerkenswert soll hier werden, daß in Leipzig bereits über 600 Bauhilfsarbeiter mehr Lohn erhalten wie die Arbeiter am Nonnam-Pau a. rordert haben. Unter diesen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Unternehmer den gerechten Forderungen der Arbeiter nicht nachgibt.

Welche Verträge mag ein Arbeiter als Mitglied dieses so prächtigen und berühmten Vereins haben (die meisten der Aushängigen sind Mitglieder), wenn er um ein paar Pfennige streiten muß, bei einem Unternehmen, dem er selbst als Mitglied angehört. Joseph Filiegnier.

Ist das Verrätherei oder wie darf man dieses Verhalten bezeichnen? Gibt es eine bessere Unterstützung der Unternehmer in ihrem ablehenden Verhalten gegen die Forderungen der Arbeiter, als wenn sie sich darauf berufen können, daß sozialdemokratische Unternehmungen noch geringere Löhne zahlen, als wie sie bei den Privatunternehmern üblich sind? Wer so die Geschäfte der Unternehmer besorgt, der treibt allerdings Verrätherei an der Arbeiterfrage. Und wie denken die Zielbewußten, die jeden Angriff auf die Gewerkschaften unbedenken nachbeten, über die Klagen, die v. Elm in den Sozialistischen Monatsheften vorbringt? Dieser weiß von sozialdemokratisch geleiteten Konsumvereinen zu erzählen, daß sie „Cigarren 4 Stück 10 Pfg. und 3 Stück 10 Pfg.“ verkaufen. Herr v. Elm, der selbst von Haus aus Cigarrenarbeiter ist, weiß darauf hin, daß es ganz unmöglich sei, bei auch nur „einigermaßen ausreichendem Lohn diese Cigarren herzustellen“, sie würden „entweder in Zuchthäusern, Strafanstalten oder zu unerhörten Hungerlöhnen angefertigt“. Und so muß Herr v. Elm es beklagen, daß es seine zielbewußten Genossen selbst sind, die Zuchthausarbeit, Heimindustrie und Hungerlöhne unterstützen!

Damit mag's für heute genug sein. Viel lieber hätten wir uns befassen mögen mit den für die Gesamtheit der Arbeiter wichtigeren Dingen. Wir mußten aber den sozialdemokratischen Zeitungs- und Agitationshelfen, denen an der Arbeiterfrage gar nicht, an ihrem agitatorischen Erfolg aber alles liegt, die Maske vom Gesicht herunterreißen. Das verlogene Geschimpfe dieser gewerkschaftlichen Musterknaben mußte leider von Neuem gebrandmarkt werden.

Dr. E. E. Die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie und deren Arbeiter in Bayern.

Alljährlich veranstalten die bayerischen Fabriken- und Gewerbeinspektoren besondere Erhebungen über die wirtschaftliche Lage einzelner Gewerkschaften und ihrer Arbeiter, deren Ergebnisse als Anlage ihren Berichten angefügt werden. Diesmal hat man als Gegenstand der Enquete die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie* und deren Arbeiter behandelt. Bei dem sozialpolitischen Interesse, welches dieses Thema beanspruchen darf, wird es sich verlohnen, auf die Ergebnisse dieser dankenswerthen Untersuchung, sie aus der Vergessenheit reißend, näher einzugehen.

Zuerst wird darauf hingewiesen, daß sich, wie in anderen Gebieten, auch in dem alteingelebten, auf zahlreiche Städte und Orte Bayerns verbreiteten Handwerk der Spinner, Weber, Tuchmacher, Stricker und Seiler im Laufe des verfloffenen Jahrhunderts ein Umschwung vollzogen habe, der die alte, ursprüngliche Form der früheren Arbeitsweisen kaum mehr erkennen lasse. Nur in bäuerlichen, Flachsbau treibenden Haushaltungen werde noch nach alter Weise von Hand gesponnen. Die alten Spinn- und Webstuben wie auch die einfachen Werkstätten der Zeug- und Tuchmacher seien größtenteils verschunden, an ihre Stelle sind Spinnereien, Webereien, Zeug- und Seilwaarenfabriken getreten.

Die Errungenschaften der modernen Technik, die den großen Umschwung in der Textilindustrie veranlaßt haben, seien nur wenigen der früheren Gewerbetreibenden zu Gute gekommen, zumeist wären

es neue Unternehmer, die im Besitze entsprechender technischer und kaufmännischer Kenntnisse und des nötigen Kapitals die Errichtung und den Betrieb der modernen, mit theuren Maschinen ausgestatteteten Anlagen übernahmen und daraus Nutzen zogen.

Nach den Aufnahmen der Aufsichtsbeamten umfaßt die gesammte Textilindustrie Bayerns zur Zeit 1955 Fabriken- und Gewerbebetriebe, in welchen 56 386 Personen beschäftigt sind.

Oberfranken tritt sowohl in der Zahl der Fabriken (135) als der Handwerksbetriebe (205) besonders hervor; es ist in diesem Kreise auch die Hausindustrie am stärksten entwickelt.

In Schwaben kommt weniger die Zahl der Betriebe als deren Größe in Betracht, von der Gesamtheit aller Textilarbeiter sind 43,7 pCt. in denselben beschäftigt.

Dem Beispiel anderer Industrien in der Verkürzung der Arbeitszeit oder -fristung derselben auf zehn Stunden sei die Textilindustrie noch nicht gefolgt, nur vereinzelt sei in einigen Betrieben die Arbeitsdauer von 11 Stunden auf 10 $\frac{1}{2}$ und 10 Stunden herabgesetzt worden, in der Hauptsache werde noch strenge an der 11stündigen Arbeitszeit festgehalten. Längere Arbeitszeiten von 11 bis 14 Stunden (!) kommen dagegen noch in hausindustriellen Webereien vor. Bei Arbeiten „auf Seide“ auf dem Lande sollen sogar Arbeitszeiten von früh 4 Uhr bis Abends 8 Uhr vorkommen! (Oberbayern S. 12.) Als Gründe für dieses Festhalten an den bisher allgemein üblichen Arbeitszeiten werden angegeben die Nothwendigkeit der vollen Ausnutzung der Maschinen, um gegenüber der ausländischen Konkurrenz nicht in Nachtheil zu gerathen, und die Unmöglichkeit, die jetzigen Maschinen behufs Mehrproduktion schneller laufen zu lassen. Centralgewerksinspektor Dyl meint, wenn die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde nur durch schnelleren Gang und Mehrleistung der Maschinen zu erreichen wäre, so wäre das für die Arbeiter, die jetzt schon an manchen Maschinen der Anspannung aller ihrer Kräfte bedürfen, sehr zu bebauern und es könnte in dieser Verkürzung kein Gewinn für die Arbeiter erblickt werden.

Als Grundlage der Lohnberechnung aller an Maschinen beschäftigten Personen gelte der von den Fabrikanten aufgestellte Lohnsatz, zu dessen Sätzen von verschiedenen Arbeitgebern noch gewisse Prämien gewährt werden. Diese Prämien sind entweder Qualitätsprämien, das sind Zuschläge zum Lohn für tadellose Anfertigung eines Stückes Waare und werden im Betrage bis zu 20 pCt. des Lohnes bezahlt, oder aber sie sind sogenannte Quantitätsprämien, welche als Zuschläge zum Stücklohn für gewisse Mehrproduktion nach bestimmten Grundätzen gewährt werden und mit dem Stücklohn zur Auszahlung kommen. Die Prämie wird zunächst nur bei Erreichung eines festgesetzten Mindestverdienstes entsprechend einer Mindestleistung, der Grundzahl, dem Grundlohn oder der Basis ausbezahlt und stuft sich bei Steigerung der Leistung in mannigfacher Weise ab. Zu einer großen Spinnerei beträgt z. B. die Grundzahl Mk. 20 für 12 Arbeitstage, die Prämie 50 pCt. Wer daher in 2 Wochen nur einen Stücklohn von unter 20 Mk. erringt, hat keinen Anspruch auf die Prämie und verdient nur den Stücklohn; wer aber mit seiner Gespinnproduktion auf einen Stücklohn von mindestens 20 Mk. kommt, erhält 20 Mk. zuzüglich 10 Mk. (50 pCt. des Stücklohnes) = 30 Mk., bei 14 Tagen und 28 Mk. Akkordlohn = 28 Mk. + 14 Mk. = 42 Mk.

Es geht daraus hervor, daß dem Arbeiter die Einheit der Arbeitsleistung in beiden Fällen sehr verschieden gelohnt wird und die Gerechtigkeit verlangt, daß die Basis so niedrig gegriffen wird, daß sie möglichst von allen Arbeitern unter gewöhnlichen Verhältnissen erreicht werden kann. Meistens ist dies auch der Fall. Die Einrichtung des Prämien-systems ist in den einzelnen Fabriken außerordentlich verschieden. Es liegt ja doch auf der Hand, daß dasselbe in den einzelnen Fällen für den Arbeiter gewisse Härten in sich schließt, indem es einmal den geringen Arbeiter unter Umständen die Prämie an und für sich nicht erreichen läßt und dann aber auch dem mittleren und guten Arbeiter für solche Fälle Nachtheile bereitet, wo er durch Zeitverräumnis, sei es durch Krankheit, Störung im Betriebe, Arbeitsmangel, mangelhafte Vorbereitung, kurz, durch Hindernisse, die zu beheben oft nicht in seiner Macht liegen, die Prämien-grenze nicht erreichen kann.

Wohl trägt die Einrichtung der Prämien-systeme diesem Umstande Rechnung, indem für kürzere Arbeitszeiten die Sätze entsprechend erhöht sind; auch werden in Spinnereien und Webereien für Zeitverräumnisse und anderen vom Arbeiter nicht verschuldeten Ausfall an Stücklohn und Prämie sogenannten Vergütungen bezahlt, allein dieselben gewähren ihm meist keinen vollen Ersatz für den entgangenen Verdienst. Bei Ueberstunden verläßt sich die Prämie in der Regel nach Maßgabe der erhöhten Arbeitszeit.

Ueber die Abfassung des Prämien-systems geben nachstehende Tabellen einigen Anhalt:

Prämien-system einer Weberei.

Für 2 Webstühle auf 11 Arbeitstage.

Von einem Verdienst von Mk.	8,00	9,00	10,00	11,00	12,00	13,00
beträgt die Prämie	Mk. 0,65	1,35	2,15	2,85	3,55	3,90
Von einem Verdienst von Mk.	14,00	15,00	16,00	17,00	18,00	
beträgt die Prämie	Mk. 4,55	5,15	5,85	6,55	7,45	

* 170 Seiten nebst Sachregister.

- 6. Für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten werden 10 Bsp. pro Stunde als Zuschlag bezahlt; Ueberstunden in diesem Sinne sind die Stunden vor 6 Uhr früh und nach 6 Uhr Abends.
- 7. Für Arbeiten auswärts, bei denen Uebernahmen nötig ist, wird entsprechender Zuschlag nach freier Vereinbarung der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern gewährt.
- 8. Kündigung ist gegenseitig ausgeschlossen, jedoch darf wegen Zugehörigkeit zur Organisation keine Entlassung stattfinden. Hierdurch sind alle Differenzen auszugleichen und sollen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder die alten, guten Beziehungen herrschen.

Auch für die Maurer ist vor acht Tagen nach dreitägigem Kampfe dieselbe Vereinbarung getroffen. Es kann dies als ein guter Erfolg für die hiesigen Bauarbeiter betrachtet werden, und ist dieser Erfolg nur dem geschlossenen und einmütigen Vorgehen der Organisation zuzuschreiben. Möchten daher auch fernerhin alle Kollegen die Organisation hochhalten, um das Errungene festzuhalten und noch weiter verbessern zu helfen.

Auf die am 30. Dezember 1904 vom Schweizer Bundesrat an 15 europäische Staaten gerichtete Einladung trat die Internationale Arbeiterversammlung am 8. Mai in Bern zusammen. Die Verhandlungen betrafen das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors und der Nacharbeit der Arbeiterinnen. Außer Rußland und Griechenland waren alle eingeladenen Staaten vertreten. Auf die Verhandlungen kommen wir noch zurück.

Auch in China kämpft man gegen das Uebermaß im Alkoholgenuß, das zeigen die Chinesischen Sprichwörter von Bruno Navarra. Heidelberg, Carl Winter's Universitätsbuchhandlung. Wer eine rote Nase hat, gilt als Trunkenbold, selbst wenn er keiner ist.

Die Enthaltensamkeit von geistigen Getränken gleicht einem Zügel aus Gold.

Wein zerfrischt die Eingeweide, Sinnlichkeit die Knochen.

Das beste Mittel gegen Trunksucht besteht darin: beobachte Trumtens, wenn du selbst nüchtern bist.

Der Dörs trinkt aus dem Flusse, doch trinkt er sich nur den Magen voll.

Wen Wein und Weiber hinreißen, gleicht dem Baume, der mit zwei Äzgen auf einmal gefällt wird.

Wer seine Gesundheit durch Unmäßigkeit zu Grunde richtet, begehrt ebenfogut Selbstmord, wie der, der sich vergiftet, erhängt oder ertränkt.

Das Glück des Menschen hängt davon ab, in welchem Maße er seine Pflicht erkennt und erfüllt.

rd. **Rechtsgiltige Erklärungen der Mitglieder von Ortskrankenkassen bezüglich der freiwilligen Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft.** (Nachdr. verb.) Bekanntlich haben gemäß § 27 des Krankenversicherungsgesetzes Krankenassistentenmitglieder, welche aus der der Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausgeschieden und nicht zu einer Beschäftigung übergehen, vermöge welcher sie Mitglieder einer anderen Krankenkasse werden, das Recht, der früheren Kasse weiter anzugehören, wenn sie fernerhin in Deutschland verbleiben und ihre diesbezügliche Absicht binnen einer Woche dem Kassenvorstande bekannt geben. Die Zahlung der vollen statutenmäßigen Kassenbeiträge zum ersten Fälligkeitstermin ist der ausdrücklichen Anzeige gleich zu erachten, sofern der Fälligkeitstermin innerhalb der für die Anzeige vorgeschriebenen einwöchigen Frist liegt. Erfolgt also die notwendige Erklärung des Kassemitglieds erst nach Ablauf des genannten Termins, so ist die Kasse nicht mehr verpflichtet, davon Notiz zu nehmen und dem Wunsche des Betreffenden zu entsprechen. In einem Falle, über den das badische Verwaltungsgericht zu entscheiden hatte, handelte es sich darum, ob und inwieweit ein Kassemitglied schon vor dem Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung berechtigt ist, die fragliche Erklärung abzugeben. Der Kläger hatte dies nämlich gethan, doch hatte die Kasse die Erklärung nicht gelten lassen wollen und demgemäß die weitere Mitgliedschaft abgelehnt. Indessen hat sich das Gericht auf die Seite des Klägers gestellt und dahin erkannt, daß die Erklärung ordnungsgemäß abgegeben worden ist. Allerdings ist es zweifellos, daß die Kasse nicht verpflichtet ist, irgend welche bedingte oder unbestimmte Erklärungen gelten zu lassen, wie z. B. „für den Fall, daß ich außer Arbeit komme, bleibe ich doch Mitglied“ u. dergl.; aber wenn Jemand der Kasse ganz bestimmt mittheilt, daß er von einem festen Zeitpunkt ab aus der Beschäftigung treten werde, aber weiter Angehöriger der Kasse bleiben wolle, so hat die Kasse selbstverständlich eine solche Anzeige gelten zu lassen, denn es liegt absolut kein Grund dafür vor, warum eine ganz klare Erklärung nicht schon vor dem Ausscheiden aus der festen Stellung zugelassen werden soll, und es muß doch auch vor Allem berücksichtigt werden, daß die freiwillige Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses dem Einzelnen eine Wohlthat bereiten soll, deren Genuß nicht unnötigerweise erschwert werden darf.

Etwas vom Lotteriespiel. Bei jeder Lotterie, die veranstaltet wird, zu welchem Zwecke sie auch veranstaltet werde, gewinnt das Meiste der Unternehmer selbst. Mögen die „Hauptgewinne“ noch so reichlich bemessen, die Chancen für die Spieler anscheinend noch so günstig sein, das Fett von der Suppe schöpft der Veranstalter der Lotterie ab. Das gilt auch für die sogenannten Staatslotterien. Mancher wird sich wohl schon die Frage vorgelegt haben, wieviel Geld wird alljährlich in diesen angelegt und welchen Prozentsatz erhalten davon die Spieler, d. h. die Gewinner, wieder zurück. Bezüglich der sieben Staatslotterien, die es in Deutschland giebt, beantwortet der „Internat. Volkswirt“ die Frage. Es beträgt bei jeder halbjährlichen Auspielung:

	der Baarpreis für alle Klassen Mark	die Auszahlung an die Spieler Mark	Prog.
Sächsische Lotterie	23 250 000	16 073 500	= 69,13
Preussische	40 880 000	28 176 253	= 68,92
Braunschweigische Lotterie	12 960 000	8 721 000	= 67,30
Hessisch-Thüring.	15 456 000	10 109 057	= 65,40
Hamburgische	14 029 600	9 081 380	= 64,75
Lübische	3 292 000	2 100 460	= 63,81
Mecklenburgische	7 608 000	4 564 800	= 60,00
Summa	117 475 600	78 826 450	= 67,10

Die vorstehende Summe stellt den Betrag der Auspielung für ein halbes Jahr dar. Für das ganze Jahr ergibt sich also die geradezu ungeheure Summe von 234 951 200 Mk., die in den Staatslotterien eingesetzt wird. Hiervon gelangen 157 652 900 Mk. in die Hände der Spieler zurück. Von dem Reste — rund 76,3 Millionen Mark — entfallen 39,16 Millionen Mark auf den Reichsstempel, während 37,14 Millionen Mark auf die unternehmenden Staaten und die Kollekteure kommen.

Das Geschäft ist nicht schlecht, und man wird nach dieser Aufstellung um so leichter verstehen, weshalb die Regierungen allen Bestrebungen, die staatlichen Lotterien zu beseitigen, einen so heftigen Widerstand entgegensetzen.

Die Unterrichtszeit in den gewerblichen Fortbildungsschulen.

Daß die Wahl der Unterrichtszeit maßgebend ist über den Erfolg der Wirksamkeit unserer Fortbildungsschulen ist ganz selbstverständlich. Man lernt immer mehr einsehen, daß eine ermüdete Schülerschar nicht im Stande ist, mit der nötigen geistigen Frische an dem Unterrichte teilzunehmen. Die menschliche Kraft hat eben ihre Grenzen. Da aber die Arbeit der Schüler für die gründliche Ausbildung der heranwachsenden Jugend ebenso nötig ist, als die Thätigkeit an der Lehrstätte, mehrt sich von Jahr zu Jahr die Anzahl der deutschen Regierungen, welche durch Einführung einer guten Schulzeit den Erfolg des Unterrichts sicher zu stellen bemüht ist. Im Großherzogthum Baden durfte an den Fortbildungsschulen niemals abends unterrichtet werden. In den Großherzogthümern Hessen und Sachsen-Weimar darf nach 9 Uhr abends kein Unterricht erteilt werden. Das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen und die Regierungen der Herzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg wollen in Zukunft nur denjenigen Anstalten eine staatliche Unterstützung gewähren, welche eine angemessene Zeit für den Unterricht haben, wobei als äußerste Grenze für den Schluß der Stunden abends 8 Uhr angegeben ist. In jüngster Zeit ist auch das Königreich Bayern in die Reihe dieser Staaten getreten; das Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten hat nämlich angeordnet, daß die Zuschüsse aus Zentralfonds in Zukunft vornehmlich solchen Schulen zu Gute kommen sollen, in denen der Unterricht an Werktagen und während der Tagesstunden stattfindet. In den Reihen der Gewerbetreibenden giebt es allerdings noch Leute, die meinen, daß unter der Verkürzung der Werkstättenarbeit die praktische Ausbildung der jungen Leute leiden dürfte. Demgegenüber sei bemerkt, daß eine Verlängerung der Lehrzeit, vielleicht um ein halbes Jahr, gar nicht zu beklagen wäre. Wenn man die segensreichen Wirkungen der Fortbildungsschule haben will, muß man derselben auch die nötigen Mittel gewähren, und unter diesen ist die geeignete Unterrichtszeit in allererster Linie zu nennen.

Die Haftung der Arbeitgeber bei unterlassener Beitragsleistung zur Invalidenversicherung.

Schon wiederholt ist in der Öffentlichkeit die Frage erörtert, ob ein Arbeitgeber, der es pflichtwidrig unterläßt, für seinen Arbeiter die vorgeschriebenen Beiträge zur Invalidenversicherung zu verwenden, dem Arbeiter schadenersatzpflichtig ist, d. h. ob eventl. der Arbeitgeber dem Arbeiter diejenige Rente zahlen muß, die der letztere erhalten hätte, wenn die Beitragsleistung ordnungsmäßig und rechtzeitig erfolgt wäre. Es sind zu dieser Frage die widersprechendsten gerichtlichen Urtheile ergangen. Während die Gerichte der unteren Instanzen vielfach die Arbeitgeber zur Zahlung von Renten verurtheilt haben, hatte das Reichsgericht bisher in zwei Fällen die Schadenersatzansprüche der Versicherten als unbegründet zurückgewiesen, ohne dabei freilich endgiltig Präjudize zu schaffen. Denn in den beiden Fällen, die bis an das Reichsgericht gelangt waren, war noch das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Anwendung

als bisher. Er weist dabei auf die Bedeutung der Arbeitersekretariate hin, da von hier aus die ganzen Wahlen zu leiten wären. Es fand auch hierüber eine eingehende Diskussion statt, wobei sich sämtliche Kollegen für die Beteiligung an diesen Wahlen aussprachen. Was die Kompromisse anbelange, so seien dieselben zu verwerfen, höchstens könne man sie noch bei den Krankentassenwahlen für zulässig erachten.

Der Referent empfiehlt folgende Resolution, welche einstimmig Annahme fand:

Der Delegirtenrat des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungs-Verbandes erkennt die Beteiligung der Gewerbetreibenden an den wirtschaftlichen Wahlen als dringend notwendig an. Durch dieselbe ist es möglich, weiten Bevölkerungsschichten die Ideen unserer Organisation zugänglich zu machen und auf diese Art und Weise die Agitation zu fördern. Er ersucht die Ortsvereine und Verbände dringend, sich an solchen Wahlen, d. h. Stadtverordneten-, Gewerbegerichts- und Krankentassenwahlen, mittels Aufstellung eigener Kandidaten zu beteiligen und die Vorbereitungen dazu nie aus der Hand zu lassen. Speziell die Einrichtung eines Bezirksvertrauensmännerheims ist energisch in die Hand zu nehmen, wie auch zeitig auf die Herbeischaffung der nötigen Geldmittel Bedacht zu nehmen ist. Zu letzterem Zwecke sind Wahlfonds mit regelmäßigen Beiträgen und dem stetigen Betrieb von Wahlfondsarbeiten zu errichten.

Die Frage von Kompromissen mit anderen Gruppen bei Wahlen entscheidet sich in erster Linie nach agitatorischen Gesichtspunkten. Kompromisse mit irgend welchen prinzipiellen Gegnern, meist abgeschlossen aus Mandats-hunger, sind stets verwerflich. Im Allgemeinen muß sich das innerhalb des angebotenen Rahmens nach den örtlichen Verhältnissen richten, jedoch ist vor der Entscheidung der Vorstand des Ausbreitungsverbandes gutachtlich zu hören.

Die stärkste Macht im Wahlkampf bildet die Presse und ist auch von diesem Gesichtspunkt aus dieselbe zu fördern, umso mehr, da es laut unserer Projekte an Orten mit größerer Abonnentenzahl möglich sein wird, die zur Förderung der Wahlbeteiligung notwendigen Arbeitersekretariate zu errichten.

Während dieser Diskussion fand von einer gewählten Kommission in Gegenwart des Centralvertreters, Kollegen Klavon, die Prüfung der Kassenbücher und Beläge statt, da Meinungsverschiedenheiten entstanden waren. Der Bericht über diese Prüfung ergab, daß Alles in bester Ordnung sei und Nichts ergeben hätte, was eine Beanstandung der Kassenführung herbeiführen könnte. Kollege Klavon bemerkt hierbei, daß es ihn freue, daß das Mißverständnis aufgeklärt worden sei und erkennt die Kassenführung als richtig an. Die Anträge zum Statut, worüber Neutheu-Erteilung und Ziegler-Düsseldorf referierten, wurden mit kleinen Änderungen nach den vorliegenden Aufstellungen angenommen. Als Vorort wurde wieder Düsseldorf gewählt, ebenso einstimmig der seitherige Vorstand. Die verschiedenen Vertreter gaben zum Schluß noch ihrer Zufriedenheit über den Verlauf der Verhandlungen Ausdruck, und hofften, daß der Rheinisch-Westfälische Ausbreitungsverband auch weiterhin erfolgreich wirken werde.

Mit einem Hoch auf die Gewerbetreibendenbewegung wurde der fünfte ordentliche Delegirtenrat um 7 Uhr Abends geschlossen. A.

Wochenplan.

Berlin, 16. Mai 1905.

In Düsseldorf haben unsere Verbandsgenossen den **Bojkott** unterstützt, weil in dieser Stadt die Brauereibesitzer auf Anordnung des Arbeitgeberverbandes ungeduldeten Aussperrungen vorgekommen haben. In der „Bundeszeitung deutscher Brauergesellen“ wird dies von einem Christlichsozialen in folgender Weise getadelt:

Unsere Freunde und Kollegen in Hamburg, welche dem S.-D. Gewerbeverein angehören, haben jetzt alle Ursache, sich bei dem Generalrat des letzteren Vereins zu beschweren und zwar darüber, daß die Mitglieder der Hirsch-Bundlerianer in Rheinland und Westfalen mit den Sozials gemeinsame Sache machen und sich an dem Boykott beteiligen. Wissen denn die S.-D. nicht, daß die Sozials an die Brauherren das Verlangen gestellt haben, fortan nur Arbeitskräfte von den Arbeiternachweisen der Sozials zu nehmen? — Und das unterstützen die S.-D.? — deren Genossen dadurch auch fast gestiftet werden! — Sollten etwa die S.-D. glauben, daß durch ihre Unterstützung des Boykotts die Sozials sie fortan nicht mehr beschimpfen werden? — Die Antwort hierauf mögen sie sich selbst geben.

Wir haben sofort in Düsseldorf angefragt, wie sich dieser Vorgang verhalte, worauf uns vom Kollegen Ziegler geantwortet wurde, daß die gegen die Gewerbetreibenden gerichtete Kritik unberechtigt sei. Die Arbeiternachweisfrage habe weder mit dem Boykott noch mit der Aussperrung irgend etwas zu thun. Kollege Ziegler stellte uns für die nächste Nummer einen den Vorgang aufklärenden Artikel in Aussicht.

Ueber den neuen Kurs im Saarrevier beklagt sich die konservative „Deutsche Volkswirtschaftl. Rev.“ indem sie darauf aufmerksam macht, daß während früher der Geh. Berggraf Hilger den Bergleuten den Beitritt zu den Arbeiterberufsvereinen verboten habe, nunmehr die Bergwerksdirektion, „also doch wohl das Handelsministerium“, nichts dagegen habe, wenn die Bergleute Mitglieder einer Organisation werden.

Das Bedauern rührt uns nicht. Nach den klamablen Entschlüssen in dem Prozeß Krämer-Hilger blieb der Regierung nichts

anderes übrig. Hoffentlich verstärken nun auch die Verbandsgenossen im Saarrevier ihre Agitation.

Gegen den Abschluß von Tarifverträgen hat sich vor Kurzem die radikale Freie Vereinigung der Bauarbeiter ausgesprochen, da sie „eine einschläfernde Wirkung hätten“. Ebenso grundsätzlich hat sich nun auch der Centralverband deutscher Industrieller gegen Tarifverträge ausgesprochen:

Der Centralverband betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer geblühenden Fortentwicklung durchaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jeden Unternehmens notwendige Freiheit der Entschlüsselung über die Verwendung seiner Arbeiter und der Lohnbestimmung, wie sie die einzelnen Arbeiter unter der Herrschaft der Arbeitgeberorganisationen zwingen. Die Tarifverträge sind schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschritts der deutschen Industrie. Aus diesen Gründen bedauert der Centralverband insbesondere auch die Entschlüsselung der bayerischen Staatsregierung vom 2. März 1905, die den Abschluß von Tarifverträgen als „eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet“.

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ besorgt neuerlich die Interessen der Unternehmer mit folgender Stellungnahme zu den Tarifverträgen:

Wenn sich die Gewerkschaften durch ihre mit dem Unternehmertum geschlossenen Friedensbedingungen kontraktlich so sehr gebunden erachten, daß sie bis zum legalen Ablauf dieses Kontraktes für die lebendige Arbeiterbewegung kaltgestellt werden, dann ist es wahrlich hohe Zeit, vor dem Eingehen derart paralysierender Pakte überhaupt zu warnen. Durch Tarifverträge läßt sich keine bürgerliche Gesellschaft zur Abtandlung zwingen. Das muß einmal mit voller Klarheit ausgesprochen werden. Zum Teufel mit den Tarifverträgen, wenn die, welche sie schließen, ihnen die bindende Kraft andichten, den fallenden Schritt des revolutionären Proletariats den bourgeoisen Bedenken der Vertragstreue zuliebe auch nur eine Minute aufzuhalten oder in gegebenen Momenten unseren Protestruf gegen die bürgerliche Gesellschaft in einer energischen Demonstration unserer Rechte mit der Vogelscheuche des Kontraktsbruchs zu erstickend!

Die Resolution der Unternehmer und diese sozialdemokratische Stimme beweisen, daß in der Mitte zwischen Beiden die Wahrheit der Tarifverträge liegt.

Am Donnerstag dieser Woche soll die zweite Lesung der **Novelle zum Bergarbeitergesetz** im Abgeordnetenhause zur Verhandlung kommen. Die von den Unternehmern veranlaßte Verringerung einer Anzahl Gruben durch die Kommission des Abgeordnetenhauses hat die Novelle wenig gefördert, wenn die Abgeordneten sich durch den guten Zustand derjenigen Gruben täuschen lassen, die man ihnen gezeigt hat, da dieser Besuch durch großes Meinmachen gut vorbereitet war. Die Zeitungsstimmen gehen in ihren Urteilen über die Wirkung des Besuchs auf die Kommission weit auseinander. Die Regierung bemüht sich sehr, das starre Herz der Konservativen zu rühren.

Bis jetzt darf nur als sicher bezeichnet werden, daß das Centrum und die Freisinnigen fest bleiben und in der unveränderten Annahme der Regierungsvorlage das Mindestmaß dessen sehen, was zum Gesetz erhoben werden muß.

Der Centralverband deutscher Industrieller hat auf Antrag des nationalliberalen Abg. Bueck. eine wünschende Resolution gegen die Novelle gefaßt, deren Einbringung er lebhaft bedauert.

In einer Zuschrift von einem „Arbeiterführer evangelischer Konfession und konservativer Parteimitglied“ an die „Soziale Praxis“ wird erzählt:

Typisch für die Anschauung der Bergleute ist, daß sie in privaten Gesprächen über eine Verstimmlung der Vorlage im Landtage meist sagen: „Das läßt sich der Kaiser nicht bieten!“ Für die Bergleute ist die Gesetzesvorlage der Wille des Kaisers, den Bergleuten zu helfen. Auf Se. Majestät hoffen sie in ihrer einfachen, schlichten Weise unbedingt. Daher ist es auch so außerordentlich betrübend, wenn durch die Ablehnung der Vorlage dieses Vertrauen erschüttert wird.

Wir glauben diesen Arbeiterführer zu kennen. Die konservative „Post“ läßt diesen Mann durch die antisoziald. Korrespondenz für einen widerlichen Heuchler erklären. Das ist bitter!

H. Roth i. Bay., 15. Mai. Nachstehender Tarifvertrag wurde heute zwischen den hiesigen Zimmermeistern und den Zimmerern nach friedlichen Verhandlungen abgeschlossen:

Arbeitsarbitrervertrag.

Zwischen den Zimmermeistern von Roth und dem Verband der Zimmerer, Zweigverein Roth, sowie dem Gewerbeverein der Bauhandwerker, Ortsverein Roth, wurde folgender Tarif aufgestellt.

1. Vom 15. Mai bis 14. August werden 36 Pfg. Lohn pro Stunde bezahlt.
2. Vom 15. August bis 1. Januar 1906 werden 37 Pfg. pro Stunde bezahlt.
3. Vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1906 werden 38 Pfg. pro Stunde bezahlt.
4. Im Jahr 1907 werden 40 Pfg. pro Stunde bezahlt.
5. Ab 1. Januar 1908 tritt diese Vereinbarung außer Kraft.

zu bringen. Am 10. April d. J. hat nun das Reichsgericht in einem dritten Falle die Schadenersatzansprüche des Versicherten zurückgewiesen. Zwar wird auch durch diese Entscheidung die Streitfrage insofern noch nicht endgültig erledigt, als auch hier nicht das Bürgerliche Gesetzbuch, sondern das Allgemeine Preussische Landrecht der Entscheidung zu Grunde zu legen war. Indessen lag die Sache doch so, daß mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann, daß das Reichsgericht auch diejenigen Ansprüche zurückweisen wird, die sich auf das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches stützen. Verklagt war der preussische Fiskus, vertreten durch ein königliches Polizeipräsidium, welcher es pflichtwidrig unterlassen hatte, für einen seiner Angestellten Marken zu verwenden. Der Schaden war also verursacht durch eine Behörde, welche selbst mitzuwirken hat bei der Durchführung des Invalidenversicherungsgesetzes, welcher insbesondere die Ausstellung der Cuitungsarten obliegt. Der Klageanspruch war darauf gestützt, daß das Polizeipräsidium die weitaus größte Schuld an der Unterlassung der Beitragsleistung traf. Indessen ist der Kläger auch in diesem Falle nicht durchgedungen. In Zukunft verlohnt es sich also schwerlich mehr, derartige Ansprüche im Prozeßwege zu verfolgen.

der besser situierten Gesellschaftsklasse ein Bemühen für das Wohlergehen der Arbeiterklasse bemerkbar mache, das sich in Wohlfahrtsvereinigungen und in Wohlthätigkeitsvorstellungen u. s. w. äußere. So sehr man auch den guten Willen dankbar anerkennen könne, dürfe darüber doch nicht vergessen werden, daß die Arbeiter nicht Wohlthaten, sondern Rechte verlangten, vor Allem praktische Anerkennung ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung gegenüber den anderen Gesellschaftsklassen. Das Wort „Gleichberechtigung“ erwecke aber immer noch eine Art Schüttelfrost in manchen Theilen der besser situierten Kreise und doch sei es schon im Jahre 1890 in den bekannten kaiserlichen Erlassen angewendet worden. Redner ging nun näher auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie das Wohnungsleiden ein, durch wahrheitsgetreue Schilderung beweisend, daß sich hier Gelegenheit für die besser situierten Kreise bietet, den Hebel an der richtigen Stelle einzuschalten und durch Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse die sozialen Gegensätze möglichst auszugleichen. Im weiteren Verlaufe kritisierte Redner dann das Verhalten des gesagten Körpers zu den Bestrebungen der Arbeiterklasse, die schönen Worte der Herren Grafen Bülow und Postabowitsch ihren Thaten gegenüberstellend, die bis jetzt noch viel vernachlässigt. Als treffende Beispiele hierfür führte Redner die Weigerung der gesellschaftlichen Anerkennung der Arbeiter-Vereine, die Verkümmelung der Berggesetz-Novelle und das endlose Hinausschieben der Einführung eines 10stündigen Normalarbeitstages für Frauen und Mädchen an und kam zu dem Schluß, daß die Regierung endlich mit dem Viehweiden und Schönthun mit der Unternehmerklasse brechen und das Wohl der Millionenmassen der Arbeiter dem der anderen Gesellschaftsklassen als gleichberechtigt an die Seite stellen möge. Die Erreichung dieses Zieles sei jedoch nur möglich, wenn die Arbeiter in verstärktem Maße Gebrauch von dem Koalitionsrecht machten, um durch diese festgesetzten Massen den nöthigen Druck auszuüben, und wenn diese Massen bewiesen, daß sie reif zu einer gesellschaftlichen Gleichberechtigung seien. Dies würde dadurch geschehen, daß die Arbeiter zeigten, daß sie es verstehen gelernt hätten, rein wirtschaftliche Fragen auf rein wirtschaftlichem Boden zu erledigen, um so wiederum das Grundprinzip der Deutschen Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. In der Diskussion sprach zunächst ein Herr Grunow-Berlin vom Centralverband der Schuhmacher, um die Anwesenden mit seinem Vortrage über Sozialpolitik und Gewerkschaftstätigkeit zu ergötzen. Was da zu Tage trat, war einfach gottvoll. So mancher hat es schon verstanden, sich in derartigen Debatten gehörig zu schämen, aber so, wie es dieser Herr, der nebenbei bemerkt die Anwartschaft auf eine Beamtenstelle beim Verband der Schuhmacher haben soll, fertig brachte, dürfte es doch wohl noch nicht vorgekommen sein. Genosse Dornblüth nagelte denn auch in humorvollen Worten die bodenlose Unwissenheit dieser Koalitionsleuchte fest und bedauerte die Genossen des Herrn Grunow, die für den Import solcher Weisheit noch hätten Reisegeld zahlen müssen. Und keiner seiner Kollegen sprang ihm bei, sie schämten sich wohl selbst ob ihres Fehlgriffs. Da aber nun auch noch mehrere unserer Kollegen über ihn herfielen, versuchte dieser wackerer Kämpfer den Schuhmachertreff in Weisensfeld als Rettungsmittel heranzuziehen. Aber auch hier erblüht er von mehreren unserer Kollegen und von Referenten eine Abfertigung, die er so bald wohl nicht vergessen dürfte. Im Schlusswort richtete der Referent dann noch einen warmen Ruf an die Anwesenden, sich den Reihen der Deutschen Gewerkschaften anzuschließen, damit auch hier in Breslau die Stellung derselben fester und fester werde. Die Versammlung, welche gut besucht war, ist in für uns sehr günstigem Sinne verlaufen und hat die Tendenz der Deutschen Gewerkschaften nach außen hin voll zur Geltung gebracht.

Verzeichniß
der für den **Verbandshausfonds** seit dem 1. Dezember 1904 eingegangenen Spenden.

	Mf.		Mf.
Bauhandwerker.		Tischler.	
Berlin	—,60	Berlin W.	1,20
Deutsche Frauen.		Erlangen	10,—
Bayern	2,—	Vandenberg	3,20
Fabrik- und Handarbeiter.		Mudolstadt	2,60
Waldenburg	5,—	Spanbau	—,40
Neußendorf	3,—	Stahlfurt	2,—
Klempner- u. Metallarbeiter.		Löcher.	
Dresden	—,40	Brieg	10,—
Witold	7,—	Waldenburg	3,—
Konditoren.		Ordnungsverbände.	
Waldorf	2,50	Kue i. S.	4,50
Maschinenbau- u. Metallarbeiter.		Hagen i. B.	5,—
Altwasser	5,—	Kiel	1,—
Berlin I	10,—	Ob. Erzgebirge	2,—
Berlin IX	6,80	Private.	
Crimmitschau	1,38	Kammerer-Danzig	5,—
Freiburg i. Schl.	12,—	R. Seifert-Magdeburg	5,—
Gernshelm	4,—	R. Berger-Magdeburg	5,—
Gotha	3,—	R. Trams-Berlin	15,—
Halsnig	5,—	Wald-Berlin	10,—
Kuhla	—,40	R. Müller-Berlin	3,—
Warmbrunn	—,60	Rehl-Berlin	2,—
Wilhelmsburg	4,90	E. Schiller-Strum	3,—
Stahlarbeiter.		C. Frommholz-Promberg	5,—
Erzgebirge	5,—	Gawilget-Gleiwitz	5,—
		Gieseler-Katibor	1,—
		Dr. Koch-Wildschütz	1,—
		Leberschütz verkaufter An- sichtskarten vom Ver- bandshause	109,—
		Mf. 292,48	
		bereits quittirt „ 3974,99	
		Summa Mf. 4267,47	

Wir bitten um weitere Beiträge; alle jetzt noch eingehenden Spenden sollen zu einem Fonds angeammelt werden, aus dessen Zinsen die aus dem Reich nach Berlin kommenden Verbandsgenossen in der unserm Hause verbundenen Herberge bewirtet werden sollen. Von dieser Einrichtung profitieren also die jungen auf Wanderschaft gehenden Verbandsgenossen, was gewiß allen Ortsvereinen Veranlassung sein wird, möglichst oft dieses Zweckes eingedenk zu sein. Geldsendungen dieser Art müssen den Vermerk tragen: **Herrsgelds fonds. Cuitung erfolgt im Verbandorgan.**

Berlin N.O., den 8. Mai 1905.

Kub. Klein, Verbandskassirer.
Greifswalderstr. 121/23.

Gewerkschafts-Zeitung.

§ **Breslau.** Der hiesige Ortsverband hatte zum 2. Mal eine öffentliche Versammlung einberufen, zu welcher Verbandsgenosse Dornblüth das Referat übernommen hatte. Redner sprach über „die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet“. In seinen Ausführungen wies Genosse Dornblüth nach, daß sich heutzutage unter

§ **Halle a. S.** Als eine der vornehmsten Aufgaben, die sich der Mitteldeutschen Ausbreitungsverband gestellt hat, darf die Gründung einer eigenen Zeitung bezeichnet werden.

Wehr denn je macht sich augenblicklich der Mangel eines Organs, das rückhaltlos für die Deutschen Gewerkschaften eintritt, auch im Bezirk des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes bemerkbar.

Wenn auch der Lebenszweck einer eigenen Zeitung keineswegs darin besteht soll, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, so wird doch in der sozialdemokratischen Presse fortgesetzt gegenüber den Gewerkschaften ein solcher Ton angeschlagen, daß eine kräftige Antwort sehr angebracht wäre. Wenn nun auch unsere Gewerkschaftsblätter es daran bei besonders krassen Fällen nicht fehlen und auch auf einen groben Klip einen groben Keil folgen lassen, so schämt es leider in unserer jähneliebigen Zeit das Stägige Erscheinen z. B. des „Gewerkschafts“ die Wirkung einer solchen Antwort bedeutend ab.

Wie ganz anders würde uns das eine mindestens dreimal wöchentlich erscheinende Provinzialzeitung dienen können. Deshalb kann, wie bereits angedeutet, die vom Mitteldeutschen Ausbreitungsverband projektierte Herausgabe einer solchen Zeitung nicht hoch genug geschätzt werden.

Der beste Beweis, daß auch die Gegner von links diese Waffe zu schätzen wissen, zeigte sich schon dadurch, daß die vom Vorstand des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes zum Delegiertenkongress aufgelegte Probenummer bereits den Unwillen der sozialdemokratischen Presse, in diesem Falle des „Halleischen Volksblattes“, erregt hat. Die gedachte Probenummer führte den Namen „Mitteldeutscher Volksfreund“. Dieser Name hatte es dem sozialdemokratischen Blatt schon angethan, es betitelte eine bezügliche Notiz: „Ein falscher Volksfreund“. Trotzdem nun das Programm der geplanten Zeitung von Seiten des „Volksblattes“ als „farblos und unbestimmt“ hingestellt und nur der zufällig die Probenummer verantwortliche zeichnende Genosse mit einigen „Lebenswürdigkeiten“ bedacht wurde, so konnte es sich der sozialdemokratische Kritiker jetzt schon nicht verwehren, die Gewerkschaften wieder einmal zu „verreißeln“ und vor dem „falschen Volksfreund“ zu warnen.

Wie kann man von einem derartigen, „farblosen, nichtsagenden“ Unternehmen aber gleich soviel Aufhebens machen? Woju die Aufregung? Sollte denn doch die beabsichtigte Gründung auf jener Seite nicht so gleichgültig aufgenommen werden?

Und wahrlich, auch bei jenen merkwürdigen „Idealmenschen“ herrschen nicht solch rofige Zustände, daß nicht ab und zu eine kritische Beleuchtung durchaus angebracht wäre.

Sehen wir bloß einmal die Druckerei des sozialdemokratischen Blattes, die doch eigentlich eine Musteranstalt im sozialdemokratischen Sinne sein müßte, an. Diese Druckerei, die doch gewiß von „1. a. Genossen“ geleitet wird, ist von jeher ein Schmerzenskind der Halleischen

Buchdrucker gewesen, selbst von Arbeitsniederlegung ist sie nicht verschont geblieben. Raum eine Buchdrucker-Versammlung tagt, ohne daß nicht auch Mißstände in der Volksblattdruckerei zur Sprache gebracht werden. In einer der letzten Versammlungen des Halleischen sozialdemokratischen Vereins äußerte sich ein in dieser Druckerei beschäftigter Arbeiter unter Anderem dahin, daß es keineswegs als eine Empfehlung gelten könne, wenn man bei Engagementsangelegenheiten, man wäre im „Volksblatt“ beschäftigt gewesen. Die letzte Begebenheit in diesem „Rusterbetriebe“ war die, daß diese „Arbeiter-Druckerei“ organisierte Arbeiter einstellte. Noch dazu in einem Falle auf Betreiben des Oberredakteurs, der einem Arbeiter, der ehemals als Verbandsmitglied Kassenfelder unterlag, aus dem Verbandsausgeschlossen und zu Gefängnisstrafe verurteilt ward, Arbeit in der Volksblattdruckerei verschaffte. So sieht Theorie und Praxis in einem „sozialdemokratischen Mutterbetriebe“ aus.

Noch ein Widdchen, wie die Lehren des „Volksblattes“ in der Praxis bewertet werden, soll der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. In Halle a. S. steigen der Sozialdemokratie unter Anderem auch die „Thalia-Vereine“ nicht zur Verfügung. In diesem Falle hält nur der Gewerkschaftsverein lange seine größeren Versammlungen ab. Darob großes Klammer im „Volksblatt“ wegen des unpolitischen Verhaltens der „Hälischen“. Man sollte es jedoch nicht für möglich halten, aber Tatsache ist es, daß ein in der Druckerei des „Volksblattes“ beschäftigter Arbeiter in seiner Nebenbeschäftigung den „Streichen“ in diesem bohyntischen Total zum Tanz aufsteht!!!

Man darf nur hincinduden in jenes Lager, ähnliche Fälle lassen sich in Menge aufzählen. Für heute mag es jedoch dabei sein Bewenden haben. Gegenwärtig liegt sich die sozialdemokratische Presse, speziell auch das Halleische „Volksblatt“, wieder besonders hervor in Bekämpfung der Gewerkschaften. Spaltenlange Ergüsse, hauptsächlich bezüglich des berendeten Weissenfelder Schuhmacherausstandes, zieren fast jede Nummer und parole ist: Arbeiteraustritt aus den Gewerkschaften und Massenaustritt in die „freien“ Gewerkschaften. Der Leitartikel der letzten Nummer des „Gewerkschafts“ trägt ja erstens die auf den Weissenfelder Streik bezüglichen maßlosen Beschimpfungen auf ihren wahren Werth zurück und reißt die Rastel von diesen Arbeitern, freunden“. Möge es sich jeder Genosse angelegen sein lassen, für Verbreitung dieses Artikels zu wirken!

Der soll nur noch eine Episode mitgeteilt sein, die ihre Ursache auch aus dem Weissenfelder Ausstand herleitet. Der Halleische Ortsverband hatte eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Der Weissenfelder Schuhmacherausstand“ veranstaltet, als Referent war Genosse König, Weissenfelder. In dieser Versammlung war auch ein Centralverbänder aus Weissenfeldern zugegen. Versessener war jedoch in einer solchen Versammlung, in der man sich sonst nicht gern unter nüchternen Menschen bilden läßt. Ein jüdisches „Jerkanten“ Zustandes, der sogar zu einer Entleerung des überbundenen Wagens im Saale führte, hatte dieser Herr die Unverfrorenheit, sich zum Worte zu melden, brachte jedoch folch „schwabberiges“ Zeug aus dem Munde seiner Zuhörer, daß es nur zu bedauern war, daß der Leiter der Versammlung dem Herrn das Wort gestattete, ihm nicht vielmehr den Rath erteilte, erst seinen Kausch auszuschlafen. Sollte etwa auf diese Weise für die von diesem Herrn vertretene Sache Sympathie erzeugt werden?

Genossen des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes! In dem Kampfe, der uns jetzt in verschärfter Weise von sozialdemokratischer Seite aufgedrängt wird, ist es unbedingt erforderlich, Mann an Mann fest zusammenzustehen, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, vor Allem aber mit nie versagendem Eifer für die baldige Schaffung einer eigenen Organisation einzutreten, dann werden die Deutschen Gewerkschaften aus diesem, von sozialdemokratischer Seite mit den schädlichsten Waffen geführten Kampfe siegreich und neu gestärkt hervorgehen!

Hildesheim. Der Ortsverband hielt am 26. April, Abends 9 Uhr, eine große Gewerkschaftsversammlung im „Goldenen Engel“ ab, in welcher Kollege Klavon Berlin über das Thema „Zeit- und Streikfragen in der Arbeiterbewegung“ referierte. Redner streifte in seinem 1 1/2 stündigen, sehr sachlich gehaltenen Vortrage zunächst den Zweck und die Notwendigkeit der Arbeiterbewegung, das Recht und die Notwendigkeit der weiteren Ausdehnung derselben. Redner erörterte dann die zwischen den verschiedenen Organisationen bestehenden Streitfragen und kam zu dem Schluß, daß die Arbeiterbewegung wirtschafliche, partei- und kirchenpolitisch unabhängige Organisationen sein müßten, wenn sie erfolgreich sein wollten. In der Diskussion wurde von den Gegnern, sowohl von Vertretern der freien als auch von solchen der christlichen Gewerkschaften, die Sachlichkeit des Referenten anerkannt. Von den freien Gewerkschaften wurde die Verschmelzungssrage angeschnitten, worauf Kollege Klavon erwiderte, daß dies so lange nicht angängig sei, wie die Streitfragen bestehen blieben. Die Organisationen könnten aber gemeinsam schlagen, wo es Rath thue und angebracht sei, und doch getrennt marschieren. Kollege Klavon unseren besten Dank.

Obernhan. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung fand am Sonnabend, 6. Mai, im Gasthof „Deutsches Haus“ statt. Kollege B. Berndt-Dresden referierte über: „Die Aufgaben der Berufsorganisation“. Redner sprach zunächst von der Notwendigkeit der Organisation, ging dann auf die Tarifverträge, Koalitionsfreiheit und die Unternehmervereine ein, kam dann auf den Bergarbeiterstreik und zum Schluß auf den Weissenfelder Streik zu sprechen. Die Ausführungen des Kollegen Berndt ließen nichts zu wünschen übrig. Das Bewies auch die darauffolgende Diskussion. In der Diskussion sprachen zwei Verbänder. Der erste Redner las einen Artikel aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ vor und beschuldigte den Hauptkassierer der Schuhmacher, Rehl, des Streikbruchs, der Unterdrückung u. s. w. Der zweite Verbänder träumte davon, daß die Gewerkschaften mit Mann und Maus (hauptsächlich der Klasse) zu den Verbändlern überlegen würden! — Treffende sachliche Antworten gab hierauf der Referent. Die Verleumdung Rehls wurde energisch zurückgewiesen. Die Gewerkschaften wachsen stetig und denken garrnig daran, zu den Gewerkschaften zu kommen. Wesen der Gewerkschaften erlangt, damit jeder Kollege alle Vorgänge in der Gewerkschaftsversammlung kennt; hierzu ist auch notwendig, daß der „Gewerkschaftsverein“ und die anderen Organe gründlich gelesen werden. Dann können wir auch jedem Widerfacher entgegen treten und jedem Gegner der Gewerkschaften gebührende Antworten zu Theil werden lassen.

Mar Grob.

Roswein. Der Ortsverband Roswein und Umgegend hielt in der „Börse“ eine kombinierte Sitzung ab, zu welcher Vertreter der fünf zum Ortsverbande gehörenden Vereine erschienen waren. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Agitation. Die Vertreter berichteten über die Thätigkeit ihrer Vereine im Jahre 1904. 40 Mitglieder gemachten. Vom D. V. der Schuhmacher Roswein theilte Klavon mit, daß auch sein Verein einen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen habe. Auch Klavon-Obergarna vom D. V. der Fabrik- und Handarbeiter konnte dieselbe erfreuliche Mittheilung machen. Vom D. V. der Klempner und Metallarbeiter Roswein berichtete Clajus, daß der Verein trotz der erhöhten Beiträge, die durch Streiks erforderlich wurden, weiter gewachsen sei. Nur vom D. V. der Maschinenbauer Roswein wurde durch den Vertreter Bachmann berichtet, daß der Verein schwer zu kämpfen habe und seinem Vorwärtstreben dadurch hindernd in den Weg getreten wäre. Es wurde beschloßen, Vortragsversammlungen in Obergarna und in Siebenlehn abzuhalten. Zu dem 20. Stiftungsfest in Obergarna soll eine Verbandspartei unternommen werden.

Camburg a. S. Die zum 30. April, Nachmittags, einberufene allgemeine Gewerkschaftsversammlung wurde vom Vorsitzenden um 4 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende, Karl Schafse, erstattete Bericht über den Delegirten tag des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes zu Halle, welchen er besucht hatte. Zu dieser Versammlung war auch Herr Agitationsleiter Wollleben aus Halle erschienen. Derselbe hielt einen Vortrag über den Kampf um's Dasein. Er schilderte mit treffenden Worten die Lage der Arbeiter und mahnte dringend zur Organisation. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Hieran schloß sich eine rege Diskussion, an welcher sich die Kollegen der verschiedenen Ortsvereine beteiligten. Besonders wurde noch viel über den Mitteldeutschen Ausbreitungsverband gesprochen, weil vor einiger Zeit Genossen von Weissenfeld in einer Versammlung der Bauhandwerker anwesend waren und für den Agitationsverband Weissenfelds die Ortsvereine Camburgs zu gewinnen suchten. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden um 7 Uhr geschlossen mit dem Wunsche, Herrn Wollleben bei uns bald wieder begrüßen zu können.

Sittau. Am Sonntag, 7. Mai, fanden sich die Mitglieder des D. V. der Frauen und Mädchen sowie eine Anzahl Verbandskollegen im Gasthof „Goldenen Stern“ zusammen, um das erste Stiftungsfest des genannten Vereins zu feiern. Nach Begrüßung der Anwesenden durch die Vorsitzende, Frau Baumgarten, erhielt die aus Götting erschienenen Frau von Wob das Wort. Dieselbe erläuterte in einständiger Rede das Thema: „Die Arbeiterinnen in Amerika“ in sehr verständlicher und wohlwollender Weise, indem sie den Entwicklungsgang Amerikas zum Industriestaate sowie die Entwicklung der Organisation, spez. der Frauen, schilderte; der Vortrag fand lebhaften Beifall. Kollege Strohsiedel-Götting ermahnte die Anwesenden, recht thätig zu agitieren für den Gewerkschaftsverein der Frauen. Die Vorsitzende sprach hierauf den beiden Rednern den besten Dank aus. Hierauf folgte der gemüthliche Theil, der die Anwesenden noch lange beisammen hielt.

G. P.

Verbands-Beil.

Vierte Quittung

über die Sammlung für die streikenden Schuhmacher in Weissenfeld.

Vom 8. bis 15. Mai gingen folgende Spenden ein: Von den Ortsvereinen der Maschinenbau- und Metallarbeiter: Chemnitz M. 10,35; Besskau 1,50; Hörde 5,10; Quedlinburg 2,70; Verburg 3,00; Bauska 5,00; Fabrik- und Handarbeiter: Schönbeck 4,80; Leisner 5,25; Bauhandwerker: Weissenburg 3,90; Berlin 3,00; Pafewalk 5,00; Stuhlarbeiter: Leipzig 10,00; Klempner und Metallarbeiter: Anna 5,25; Bergarbeiter: Niederhermsdorf 6,40; Obergarna II 28,10; Sederarbeiter: Hagen 4,40; Ortsverbände: Potsdam 4,20. Zusammen M. 117,65; hierzu der Ertrag der dritten Quittung mit M. 1045,45, ergibt insgesamt M. 1163,10.

Für die reiche Unterstützung von Seiten aller Genossen und Genossinnen sagen wir besten Dank. Noch aber sind 40 Weissenfelder Genossen arbeitslos, welchen es bisher leider nicht gelungen ist, irgend welche Beschäftigung zu erlangen. Wir bitten, uns weitere Spenden freundlichst zukommen zu lassen. Auf vielfache Anfragen bemerke ich noch, daß alle direkt nach Weissenfeld gehenden Gelder nur im „Lederarbeiter“ quittirt werden. Nur die an unsere Hauptstelle gehenden Gelder werden im „Gewerkschaftsverein“ quittirt.

Mit Gewerkschaftsgruß
Berlin, 15. Mai 1905.

E. Rehl, Hauptkassierer.
Greifswalderstr. 221/23.

Schillerfeier!

Die Herren Ortssekretäre werden gebeten, die Abrechnung betreffs Eintrittskarten zur Schillerfeier im Verbandskaufe umgehend zu regeln.
R. Klein, Verbandskassierer.

* Mitteldentscher Ausbreitungsverband.

Protokollauszug der Vorstandssitzung vom 1. Mai 1905. Der Vorsitzende eröffnet um 8 1/2 Uhr die Sitzung, sämtliche Kollegen sind anwesend. Es wird bestimmt, die Sitzungen am Montag zu halten und dieselben pünktlich 1/28 Uhr Abends zu beginnen. — Von Kottbus a. S. und Thurnau liegen Anfragen vor und werden dieselben beantwortet werden. Kollege Seig glaubt auch, daß letzterer Verein zu Pfingsten besucht werden könnte. Gesuche um Referenten liegen vor von Keppeler-Gannstatt für Untertürkheim, Luz- und Häußler-Höppingen und Klempner-Biberach. Kollege Seig empfiehlt, daß der Beamte am 4. Mai in Höppingen spricht, am 5. Mai in Untertürkheim, am 6. Mai Vormittag Stuttgart besucht und Abends in Biberach referiert, was einstimmig angenommen wird. Maschinenbauer Wänchen theilt mit, daß bei der Firma Waffe mehrere der dortigen Kollegen sich im Streik befinden und wird ersucht, dieselben zu unterstützen. Es werden 25 M. bewilligt. Betreffs Verkauf der Streikmarken entspinnt sich eine

lebhafteste Debatte; der Beamte wird ein Rundschreiben an sämtliche Vereine gelangen lassen, inwieweit sie sich mit dem Verkauf der Marken bis jetzt betätigt haben. — Ein Schreiben von Hermann Anebach (Materialsendung nach dort) wird zur Kenntnis genommen. Desgleichen ein Schreiben von Lindau betr. Gewerbegerichtswahl. Kollege Bleicher gibt Bericht über seine nach Ardon (Schweiz) ausgeführte Tour und bittet die Kollegen, wenn in ihren Vereinen Bibliothekbücher vorhanden sind, die abgetreten werden könnten, dieselben dem Vereine in Ardon zu übermitteln. Der Vorsitzende gibt sodann die Fassung der neuen Satzungen bekannt und wird beschlossen, 600 Stück anfertigen zu lassen. Ferner wird beschlossen, dem Beamten den Gehalt monatlich im Voraus zu bezahlen. Die Pläne werden auf 6 M. festgesetzt. Für Beschaffung eines Bureaus wird eine Zulage von 100—120 M. gewährt. Die Nahrung der Geschäfte obliegt, wie bisher, den betreffenden Personen und sind deshalb die Zuschriften auch an diese zu senden. Die Redaktion wird, damit sich der Beamte einleben kann, bis 15. Juni, der Kollege Seig noch unterstützen. Nachdem die „Macht“ auf den Ausbreitungsverband übernommen, muß der Kopf derselben geändert werden und demgemäß beschlossen. Die nächste Sitzung findet Montag, den 5. Juni statt. Sodann tritt Schluß der Sitzung um 12 Uhr ein.
M. Zenz, Schriftführer.

*** Rheinisch-Westfälischer Ausbreitungsverband.**
Protokoll der 4. Vorstandssitzung des rh.-westf. Ausbreitungsverbandes, Freitag, 21. April 1905, Abends 9 Uhr, im Konferenzzimmer des Arbeiterfretariats. Anwesend sind: Biegler, Helms, Willems, Grüen, Gallenberg, sowie die Revisoren Moritz und Warbus, die Arbeitersekretäre Appel und Erkelenz, sowie der Geschäftsführer der Buchhandlung Nolten. Als Gast: Kollege Lange aus Neuß. Der Revisor Moritz berichtete über die stattgefundenen Kassenrevision, während Gallenberg über die Kassenverhältnisse berichtet. Dem folgt eine längere Debatte, in der betont wird, daß noch energischer als bisher auf eine Vergrößerung der Einnahme des Verbandes hingewirkt werden muß. Es wird berichtet über den Vertrieb der Proschüre „Kraftprobe im Ruhrgebiet“. Die weiteren Schritte werden dem Bureau übertragen. Eine lebhafteste Debatte entsteht darüber, daß der Tätigkeitsbericht noch nicht gedruckt vorliegt. — Von Bochum ist ein Antrag eingegangen, der Vorstand möge die Gründung von Balzwerksektionen fördern. Der Vorstand sieht näheren Anträgen gerne entgegen und ist bereit, an seinem Teile mitzuwirken zur Förderung der Sache. Dem Dr. Verein Belede werden erneut 100 M. für den Streif bewilligt, im übrigen wird die Sache dem Delegiertentag überlassen. Dem Arbeitersekretär wird Rechtshilfe bewilligt zur Einleitung einer Klage gegen einen christlichen Agitator, um festzustellen, daß die Gewerksamer in religiösen Ansichten der Mitglieder in keiner Form zu nahe treten. Der Antrag Appel, zu dem Brauerkloppst Stellung zu nehmen, wird abgelehnt. Schluß der Sitzung 12 Uhr.
Willems, Protokollführer.

*** Sächsischer Ausbreitungsverband.**
Der letzte Delegiertentag in Chemnitz hat den Vorort von Leipzig nach Dresden verlegt. Der Ausschuß des Ortsverbandes Dresden berief daher zum 1. Mai eine Versammlung aller dem Ausbreitungsverbande angehörenden Ortsvereine nach Dresden-Alstadt, Weberstraße 28, ein, um den Ausschuß des Ausbreitungsverbandes wählen zu lassen. Ueber die Verhandlungen in Chemnitz berichtete Kollege Klausch und ergänzend Berndt und Dr. Rahm. Es wurden gewählt zum Vorsitzenden Klausch, zum Schriftführer M. Wilsch und Dietrich zum Kassierer. Zu Beisitzern wurden gewählt die Kollegen Anders und Schnabel. Die Versammlung stellte dem Ausschuß die Aufgabe, energisch dafür zu sorgen, daß jeder Ortsverein im Königreich Sachsen dem Ausbreitungsverband beitrete, daß jeder Ortsverein lokale Beiträge einbringe, ferner, daß ein Vorkammiter angestellt und eine Gewerksamzeitung für Sachsen lebensfähig gemacht werde. Die Arbeit solle sich die „Sachsenstimme“ dahin ausbauen. Es soll ferner darauf hingewirkt werden, daß städtische paritätische Arbeitsnachweise und überall Fortbildungskursus eingeführt werden. Die eigentliche Aufgabe des Ausbreitungsverbandes müsse aber sein, neue Ortsvereine zu gründen und die bestehenden in ihrer Mitgliederzahl zu erhöhen.
Im Anschluß an die Versammlung fand eine Vorstandssitzung statt, in welcher noch die Kollegen Berndt, Schilling und Dr. Rahm kooptiert wurden.

Klausch und Anders sollen am 14. Mai zur Uebernahme der Bücher und Kasse nach Leipzig fahren. Es wurde ferner beschlossen, den Kollegen Friedrich Leipzig zum 25. Juli nach Döbeln zu entsenden. Die Einhellung der Bezirke mit Einsetzung von Vertrauensmännern wurde auf die nächste Sitzung vertagt.
Max Wilsch, Schriftführer.

Bersammlungen.
Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerkhor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)** Jeden Donnerstag, Ab. 9—11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 20. Mai Tischler I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Adalbertstr. 21. T.-D.: Beitragsabrechnung, Geschäftliches. Am Himmelfahrtstage Hauptpartie. Abfahrt früh 7 Uhr 40 Min. vom Sörliger Bahnhof; für Nachzügler Treffpunkt bis 11 1/2 Uhr in Karolinenhof. — **Klempner und Metallarbeiter I.** Kottbuserstr. 4a, Vortrag des Herrn Klinge. — **Fabrik- und Handarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Pätzsch, Guffitenstr. 34. T.-D. das. — **Graphische Verufe und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Bismarckstraße, Neue Grünstr. 28. T.-D.: Revisionsbericht, Verschiedenes. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Ackerstraße 6/7, im großen Saale. Vortrag mit Bildbörtern, Monatsbericht, Regulatorporto u. A. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Vener, Lettowstr. 3. Monatsbericht, Generalrats-Protokolle, Besprechung über Tagesordnung zum Delegiertentag, Verschiedenes. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr, Telfstr. 41, bei Junke. T.-D.: Abschluß, Zeitungsfrage u. A. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 Uhr, Feier des 7. Stiftungsfestes im Fernh. Hoftheater, Bahstr. 58. Am 22. Mai, Ab. 9 Uhr, Zahlabend, Ecttenstraße 50, Ecke Völkemannstr. — **Sonnabend, 21. Mai. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36a. Werkstattangelegenheiten, die Tagesordnung des Delegiertentages, Vortrag des Kol. E. Scholz. — **Dienstag, 23. Mai. Graphische Verufe und Maler III.** Brunnenstraße 11. T.-D. das.
Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter. Sonnabend, 20. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, Verf. bei Bischof, Frankfurter Allee 165. T.-D.: Monats-Bericht. Vortrag des Dr. Lewin über Unfall-Versich. Fernpartie nach Schmötzer. Verschiedenes. — **Nitzdorf. Klempner und Metallarbeiter.** Sonnabend, 20. Mai, Abends 8 1/2 Uhr bei Gröpler, Bergstr. 147. — **Gera. Graphische Verufe u. Maler.** Sonnabend, 27. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im „Burg-Keller“, Schuhgasse. — **Leipzig.** Die Gewerksam. „Lieber Tafel“ ladet alle Verbandskollegen von hier zu seinem am 21. Mai stattfindenden Ausflug nach Knauthain ein. Treffpunkt „Spießbrücke“. Abmarsch punkt 6 Uhr früh.

Orts- und Bezirksverbände.
Dortmund (Ortsverband). Sonntag, 21. Mai, Nachm. 3 1/2 Uhr im Lokale des Wirtes August Meinhöfer in Schüren. T.-D.: Verschiedenes. — **Lützenburg (Ortsverband).** Sonntag, 21. Mai, Nachm. 5 Uhr bei Hilgen, Marktstraße. T.-D.: 1. Abschluß pro I. Quartal. 2. Verbandsfest betreffend. 3. Antrag des Ortsvereins Dymshede. 4. Bericht über die Tarifbewegung in den hiesigen Brauereien. 5. Verschiedenes.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Dresden (Ausbreitungsverband). C. Klausch, Vorsitzender, Dresden-Bieschen, Marienhofstr. 52 III; M. Wilsch, Schriftführer, Dresden-Bieschen, Rückerstr. 11 II, bis 1. Juli nach Dresden-Trachau, Groppenhofstraße 203; A. Dietrich, Kassierer, Dresden-Alstadt, Berlinerstr. 60. — **Tilsit (Ortsverband).** Robert Suttner, Vorsitzender, Tilsit, Dammstraße 11; Ludwig Dufu, Sekretär, Tilsit, Remelstr. 25; Gustav Decker, Kassierer, Tilsit, Stollbaderstr. 21.

Briefkasten.
An die Vorsitzenden der Ortsverbände. In dieser Woche gehen allen Ortsverbänden je ein Exemplar Schillers Werke (3 Bände) zu. Sofern nicht direkte Zusendung erfolgt, kommen die Bücher mit den Paketen an die Organempfinger. Das Werk ist bestimmt für die Ortsverbandsbibliothek.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Photographie
des Verbandsbureaus der
Deutschen Gewerksvereine
in Berlin N.O.,
Greifswalderstrasse 221/23,
photographiert v. Rud. Thiesen
vortzglich ausgefallen,
Cartongröße 83/45 cm,
wirkungsvolles
Ausstattungsstück für
Vereinslokale.
Portofrei zu beziehen gegen
vorherige Einsendung von
2 Mark an Verbandskassierer
Rud. Klein, Berlin N.O.,
Greifswalderstrasse 221/23.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Verbandsgenossen!
Allen nach Berlin kommenden **Verbandsgenossen** empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logiräume zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen beim Hauswart Bühner, Duergebäude.
Das Bureau des Centralrats.
Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine
(Hirsch-Dunder)
und **Herbergsverlehe** befindet sich jetzt
im **Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.**
Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos.
Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinsklassieren Berlins. Zureisende aus Berlin, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im **Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.**

Am 4. Mai starb ein Gründer und viel bewährtes Mitglied unseres Ortsvereins, der
Weißgerber
Julius Schumann.
Er war ein eifriger und strebsamer Gewerksam; sein fester Charakter sichert ihm ein treues Andenken.
Ruhe sanft!
Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter Gera.

Burg (Ortsverband). 50 Pf. Wilhelm Hoffmann, Franzosenstr. 47.
Scheibenberg (Ortsverband). 75 Pf. Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Karl Köhler, Schlegelhausstr. 109.